



Editorial

«Sonderfall» statt Kniefall

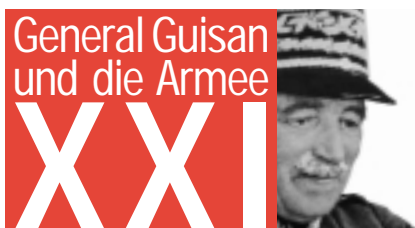
Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie sind die Stützpfeiler unseres Staates. Diese Stützpfeiler brauchen Unterhalt, sonst geraten sie in Gefahr abzubröckeln. Leider sind viele Kreise in diesem Land nicht mehr bereit, diesen Verwitterungsprozess aufzuhalten. Obwohl der Friede weltweit nicht ausgebrochen ist und gerade mangelnde Freiheit und Demokratie Auslöser unterschiedlichster kriegerischer Konflikte sind, wollen viele diese Werte nicht mehr schützen.

Frei bleibt nur, wer seine Freiheit verteidigt. Deshalb benötigen wir auch in Zukunft eine Armee, die fähig ist, diesen Dienst zu leisten. Dafür müssen auch die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Die Umverteilungsinitiative beschert uns den Kniefall, wir wollen jedoch einstehen für unseren demokratischen und unabhängigen Kleinstaat als «Sonderfall»!

Annemarie Gür-Bossard

Frau Annemarie Gür-Bossard wird ab sofort in der Redaktion der Vereinigung PRO LIBERTATE mitarbeiten. Sie wird im Hinblick auf die Hauptversammlung 2001 den Eintritt in den Vorstand prüfen. Wir danken Frau Gür-Bossard für ihre tatkräftige Mitarbeit.



General-Guisan-Zyklus

Drei Veranstaltungen manifestieren unseren Willen, die Aktivdienstgeneration zu würdigen und für die Armee von heute einzustehen.

Die erste Veranstaltung in Chamblon vom 1. September 2000 war ein Erfolg. Diesem Versand liegt nun die Einladung für die zweite Tagung bei. Am 7. Oktober 2000 treffen wir uns im Schloss Jegenstorf, Kanton Bern. Wir ehren General Guisan. Er trat für dieses Land, für sein Volk und für seine Armee in schwierigen Zeiten ein. Wir wollen deshalb der Aktivdienstgeneration für ihre gewaltige Leistung im Kampf um den Erhalt der Freiheit danken. Diese Leistung soll uns Vorbild sein: Auch wir haben uns heute für unser Land zu engagieren.

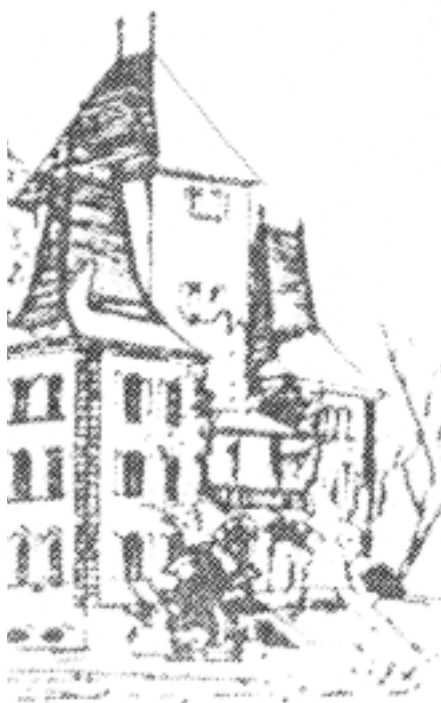
Der General-Guisan-Zyklus setzt deshalb auch klare Zeichen für die militärische Landesverteidigung von heute. Denn am 26. November 2000 werden

wir über die Umverteilungsinitiative (UMVI) abstimmen müssen. Die politische Linke versucht an allen Fronten, die Sicherheitsinstrumente unseres Landes zu schwächen und in Frage zu stellen. Wer der Armee die finanziellen Mittel entzieht, spielt mit der Sicherheit seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger. Deshalb werden wir den Kampf gegen die UMVI entschieden führen.

Am 17. November 2000 besuchen wir das Armee-Ausbildungszentrum in Luzern und den Militärflugplatz Emmen. Sie werden die entsprechende Einladung erhalten.

Zuerst aber treffen wir uns in Jegenstorf. Wir freuen uns, mit Ihnen zusammen für unsere gemeinsame Sache einzustehen.

Der Vorstand



Sie lesen heute

Militärpolitische Volksabstimmung vom 26. November 2000	2
Warum die Schweiz einen neuen Schützenpanzer braucht	4
Wir wählten Leute unseres Vertrauens ins Parlament. Mit wem stimmten sie dort?	5
Buchbesprechung	5
Abstimmungsempfehlungen – Mini-Abstimmungsguide zu den Eidg. Abstimmungen vom 24. September 2000	6
Die Spalte des Präsidenten	7
General-Guisan-Zyklus Rückblick	8

Militärpolitische Volksabstimmung vom 26. November 2000

Umverteilungs-, sprich Halbierungsinitiative: Ärger mit dem VBS? Stimmen Sie trotzdem NEIN!

Das Schweizer Stimmvolk wird am 26. November 2000 über die aus dem linken politischen Lager stammende und im März 1997 eingereichte Umverteilungs-, sprich Halbierungsinitiative (UMVI) entscheiden. Dabei geht es weder um die Mängel der heutigen «Armee 95» und um die Gestaltung der künftigen «Armee XXI» noch um den umstrittenen Einsatz bewaffneter Schweizer Truppenverbände im Ausland oder um andere derartige Streitpunkte.

Klare Fragestellung

Der grundlegenden Fragen zu einer krassen Kürzung der Kredite für die Landesverteidigung sind vier. Erstens: Wollen wir den «Sicherheitsraum Schweiz» bewahren und diesen letztlich mittels Armee und Zivilschutz selbst verteidigen? Zweitens: Wollen wir eine im Inland und im Ausland glaubwürdige militärische und zivile Landesverteidigung betreiben? Drittens: Wollen wir eine in Führung und Organisation sowie Ausbildung und Ausrüstung wirksame Schweizer Milizarmee aufrechterhalten? Viertens: Wollen wir sicherheits- und militärpolitisch finanziell handlungsfähige Bundesbehörden – Landesregierung und eidgenössisches Parlament?

Die überwiegende Mehrheit der schweizerischen Stimmbürgerschaft hat bisher alle Versuche der offenen und verkappeten Militärgegner abgelehnt, die Armee mittels Initiativen abzuschaffen oder zu schwächen (siehe Kasten in «PRO LIBERTATE Mitteilungen» Nr. 3, Juni 2000!). Erinnern Sie sich zum Beispiel an die Volksabstimmung vom 8. Juni 1997? Die sogenannte Exportverhinderungs-Initiative für ein Ausfuhrverbot militärisch und zivil verwendbarer Rüstungsgüter wurde mit 1242000 Nein gegen 362800 Ja hoch verworfen. Anstatt die UMVI bereits in den Jahren 1997/98 dem Parlament und dem Stimmvolk zu unterbreiten, haben Verteidigungsdepartement (VBS) und Bundesrat die Behandlung der Initiative zögerlich vor sich her geschoben.



Denkzettel mit Politschrott?

Alle staatstragenden Bürgerinnen und Bürger, welche die Armee und den Zivilschutz befürworten, sind sich im Grundsatz einig. Die Umverteilungs-, sprich Halbierungsinitiative der linken Urheber muss am 26. November 2000 als angerosteter Politschrott entsorgt werden. Bedauerlicherweise bestehen jedoch vielfältige Verlockungen, dem VBS, seinem Vorsteher, missliebigen Militärbeamten, überheblichen Stabsoffizieren und sich ins VBS verirrt Diplomaten einen Denkzettel zu verpassen. Welches sind denn mögliche Gründe dafür, angefangen bei den lange verharmlosten Mängel der «Armee 95» über die fehlende Informationsführung in ausserordentlichen Fällen, zum Beispiel Bellasi und Nyffenegger, bis zu der planerischen und milizfeindlichen Geheimniskrämerei um die «Armee XXI»?

Regen Sie sich auf über das schädliche Durcheinander der sicherheits- und militärpolitischen Auseinandersetzung der letzten Monate? Sind Sie enttäuscht über die inhaltsleeren und damit überflüssigen «Politischen Leitlinien des Bundesrates zum Armeeleitbild XXI» vom 31. Mai 2000? Erachten Sie die schwachsinnige öffentliche Auseinandersetzung zwischen zwei Bundesräten über die Beschaffung von Kampf-

schützenpanzern oder über Bestände und Finanzen der «Armee XXI» als empörend? Haben Sie die schönfärbischen und oft auf Halbwahrheiten gründenden Selbstdarstellungen des VBS satt?

Sicherheitspolitik und Militärgesetz

Bekämpfen Sie die unter dem trügerischen Leitspruch «Sicherheit durch Kooperation» angepriesene Selbstaufgabe einer eigenständigen schweizerischen Landesverteidigung? Lehnen Sie eine weitere Annäherung an ein Militärbündnis ab? Gehen Sie mit dem gesetzwidrigen und voreiligen Einsatz von unbewaffneten und – aus militärischer Sicht vor Ort verständlicher Weise – doch zum Teil bewaffneten Schweizer Truppen auf den Balkan nicht ein? Ihr

Die Schweiz als beängstigendes Beispiel?

«Die weltweiten Rüstungsausgaben beginnen nach zehn Jahren Niedergang wieder anzusteigen» (Neue Zürcher Zeitung vom 15. Juni 2000). Wie würde im Ausland die Sicherheitslage des Wirtschaftsraumes Schweiz beurteilt, wenn diese ihre Ausgaben für die Landesverteidigung ausgerechnet jetzt halbiert?

Wortlaut der Umverteilungs-, sprich Halbierungsinitiative

Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» (Umverteilungsinitiative)

«Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Artikel 23 (neu)

- 1 Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.
- 2 Die Bundesversammlung legt alle vier Jahre gesetzlich fest, wie die so eingesparten Mittel zu verwenden sind.
- 3 Ein Drittel der eingesparten Beträge wird dabei eingesetzt für zusätzliche internationale Friedenspolitik (Entwicklungszusammenarbeit, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit).
- 4 Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zukunftsgerichtete zivile Güter und Dienstleistungsangebote und unterstützt vom Abrüstungsprozess betroffene Beschäftigte und Regionen. Der Bund öffnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Konversionsfonds von 1 Milliarde Franken».

Volksabstimmung vom 26. November 2000: Fünf Vorlagen

1. Volksinitiative
«Für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen»
2. Volksinitiative
«Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann»
3. Volksinitiative
«Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» (Umverteilungsinitiative)
4. Volksinitiative
«Für tiefere Spitalkosten»
5. Bundespersonalgesetz (BPG) vom 24. März 2000

Quelle:
Pressemitteilung Informationsdienst
Schweizerische Bundeskanzlei vom
16. August 2000

Unmut ist sehr begreiflich, aber über diese Themen stimmen wir am 26. November 2000 nicht ab, noch nicht. Die UMVI fordert keineswegs das Sparen von Steuergeldern für bestimmte militärische Zwecke im Inland oder Ausland. Sie will die finanziellen Mittel für die Landesverteidigung insgesamt halbieren und für fragwürdige Zwecke umverteilen.

Ob die kantonale Militärhoheit mit eigenen Truppenkörpern sowie die Territorialinfanterie und die Radfahrer wirklich preisgegeben werden sollen, wird nicht mittels der UMVI entschieden. Der Missmut über das durch das VBS abgewürgte Vorhaben eines Armeemuseums, im Gegensatz zum klotzigen Auftritt der Militärverwaltung an der Mustermesse 2000, verursachte mit einem «Protest-Ja» bei der im November 2000 kommenden Abstimmung die verkehrte Wirkung. Die Auseinandersetzung um den Einsatz und die Ausbildung der Schweizer Armee im Ausland wird aller Voraussicht nach im Jahre 2001 mit der Referendums-Volksabstimmung über die Teilrevision des Militärgesetzes entschieden. Auf jeden Fall steht fest: Eine, wie auch immer gestaltete, wirksame «Armee XXI», ist finanziell nicht gewährleistet, solange sie und ihre Angehörigen durch die gefährliche UMVI bedroht werden.

Trotz andauerndem und verständlichem Ärger mit dem VBS: Tappen Sie nicht in die fiese Falle, den Stimmzettel mit dem Denkkzettel zu verwechseln! Gehen Sie am 26. November 2000 zahlreich an

die Urne und stimmen Sie NEIN zur Umverteilungs-, sprich Halbierungsinitiative!

Heinrich L. Wirz, Militärpublizist





Warum die Schweiz einen neuen Schützenpanzer braucht

Würden Sie sich mit einem 40jährigen «Döschwo» auf unseren Strassen noch wohl fühlen?

Genau aus diesem Grunde wurden mit dem Rüstungsprogramm 2000 dem Parlament 186 Schützenpanzer des Typs CV-9030 der Firma Hägglunds aus Schweden beantragt. Dieser ausgewählte Schützenpanzer ist ein leichtes Panzerfahrzeug, das vorwiegend für den Einsatz der Panzergrenadiere in den Panzerbrigaden vorgesehen ist.

Es ist ja nicht so, dass die Armee erstmals oder zusätzliche Schützenpanzer beschafft. Es geht um eine Ersatzbeschaffung – und eine dringende überdies. Sie betrifft rund 10 Prozent der heute vorhandenen Schützenpanzer 63 (M-113).

Als man vor 40 Jahren den mittlerweile mehrfach kampfwertgesteigerten Schützenpanzer 63/89 (M-113) beschaffte, genügte dieser den Anforderungen der damaligen Zeit. Die Kriterien für ein gepanzertes Transportfahrzeug wie der Schützenpanzer CV-9030 lauten mittlerweile jedoch ganz anders:

- Hohe Mobilität, um mit dem Kampfpanzer 87 Leopard mithalten zu können
- Eine hohe Einsatzflexibilität und Nachtkampftauglichkeit

- Eine grosse Feuerkraft und nicht mehr eine störanfällige Occasions-Kanone aus dem Vampire-Flugzeug mit Jahrgang 1948
- Optimaler Schutz für Besatzung und Panzergrenadiere

Eine moderne Armee kann ohne den Einsatz der Schützenpanzer nicht auskommen. Mit der Beschaffung des Schützenpanzers CV-9030 werden die Einsatzmöglichkeiten und damit die Multifunktionalität der Panzerbrigade wesentlich gesteigert. Der Einsatz der Panzerbrigade basiert auf der engen Zusammenarbeit zwischen den Kampfpanzern und den in den Schützenpanzern mitgeführten Panzergrenadiern. Wenn ein Einsatz ohne Rücksicht auf technische Rahmenbedingungen befohlen werden soll, dann erfordert dies gleichwertige Mittel. Erst der moderne Schützenpanzer gibt der Führung ausreichende Handlungsfreiheit; sie kann Formationen, Unterstellungen und Vorgehensweisen auf Grund der effektiven Lage wählen und nicht auf Grund der Kapazität der Fahrzeuge. Sie kann eine koordinierte Wirkung im Ziel anstreben, ohne das langsamere Element mit Vorsprung allein auf die Strecke zu schicken. Des weitern werden die lebensbedrohenden Risiken für die Besatzung dank einer hohen Feuerkraft (30 mm Maschinenkanone) und Be-

weglichkeit auf dem Gefechtsfeld sowie einer wesentlich besseren Panzerung erheblich vermindert.

Ein weiterer nicht aus den Augen zu lassender Aspekt ist die Tatsache, dass mit diesem Produkt die weitere Zusammenarbeit mit Schweden im Bereiche der Simulatoren Ausbildung oder in einem «Partnership for Peace»-Engagement unter einem guten Stern steht. Mit der Beschaffung eines neuen Kampfschützenpanzers steht die Schweiz nicht alleine da, haben doch fast alle westlichen Staaten eine Kampfwertsteigerung ihrer Mittel oder eine Neubeschaffung ins Auge gefasst.

Die Einführung dieses Kampfschützenpanzers ist dringend notwendig und mit allen Mitteln zu fördern. Es wäre grundsätzlich falsch, die Beschaffung des CV-9030 auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben und dies nur unter dem Deckmantel der Diskussion über die Neuausrichtung der Armee.

Eine nicht ausser Acht zu lassende Tatsache ist die Umverteilungsinitiative im November dieses Jahres. Genau mit solchen Abstimmungen wird am Lebensnerv unserer Armee gebohrt.

Christoph Gilgen
Panzergrenadier-Feldweibel

Wir wählten Leute unseres Vertrauens ins Parlament. Mit wem stimmten sie dort?

Nicht immer in unserem Sinn! Manche unterstützen in auffälliger Weise den politischen Gegner. Vielen Wählern käme das Augenwasser, wenn sie wüssten, wie ihre Auserwählten die (bürgerliche) Partei vertreten, unter deren Fittiche sie sich verkriechen.

Seit 1997 sind die politischen Positionen unserer Abgeordneten in sogenannten *Parlamentarierratings* (Einschätzungen) nachzulesen. Den bisher erschienenen Zusammenfassungen (*siehe Übersicht am Schluss*) ist Aufschlussreiches zu entnehmen. Wir müssen uns hier darauf beschränken, das Vorgehen kurz zu schildern und einige bürgerliche Parlamentarier durch die Legislatur(en) zu begleiten.

Falls Sie die «Ratings» zu Rate ziehen, *lesen Sie zuvor unbedingt die Einleitungen und die Erläuterungen*. Daraus nur folgendes:

- Parteizugehörigkeit ist ein *unzuverlässiger* Indikator für die politische Gesinnung der Volksvertreter, weil die Parteiloyalität gering ist (mit Ausnahme der Freiheitspartei auf der einen, den Linken und Grünen auf der andern Seite; Red.).
- Politikerratings sind in den USA seit langem gebräuchlich.
- Bei jedem Parlamentarier wird von null Punkten als der politischen Mitte ausgegangen. Je häufiger er für die linke Position stimmt, desto weiter links wird er im politischen Spektrum angesiedelt. Je häufiger er für die rechte Position stimmt, desto weiter rechts wird er eingeordnet. In beiden Fällen kann er ein Minimum von -10 Punkten («perfekter Linker») und ein Maximum von +10 Punkten («perfekter Rechter») erreichen. Mit null Punkten wird er in der politischen Mitte angesiedelt.

Diese Zitate ersetzen die Lektüre der Erläuterungen nicht! Siehe Heft 1, S. 1–14.

Betrachten wir nun ein paar ausgewählte Politiker, unter ihnen vor allem jene, die jetzt im Bundesrat sitzen.

Pascal Couchepin (FDP, VS) brachte es von 1980 bis 1995 auf Stufe +5,8; 1996 und 1998 reichte es nur bis +2,4 (1997: +5,6).

Joseph Deiss (CVP, FR) zeigte im Rat viel Sympathie für linke Anliegen. 1992 bis 1995: +1,0. Danach geriet er in den Frostbereich: 1996 -0,6; 1997 und 1998 -0,4.

Moritz Leuenberger (SPS, ZH), ein 68er, dem der Marsch durch die Institutionen gelang (siehe PL-Mitteilung 2/96, S. 8), hielt sich als Nationalrat stramm an die Parolen seiner Partei. Von 1980 bis 1995 schaffte er einen Durchschnitt von -9,6.

Lili Nabholz (FDP, ZH) näherte sich 1988 bis 1991 mit +1,8 dem Gefrierpunkt und tauchte 1992 bis 1995 auf -1,3 ab. Nach einer leichten Erholung 1996/97 gelang es ihr dann 1998, sich mit -4,5 Punkten an die «Spitze» der Netten vorzuarbeiten.

Adolf Ogi (SVP, BE) hat sich mit +7,5 von 1980 bis 1987 als durchschnittlicher Vertreter seiner Partei bewährt.

Marc Suter (FDP, BE), der 1993 statt der Flugzeuge Flabkanonen beschaffen wollte, als würde die Beobachtung des Himmels das Problem lösen, glänzte 1992 bis 1995 mit kläglichen +1,0 und «verbesserte» sich 1996 auf +2,1. Mit +1,0 (1997) und einem Taucher auf -3,0 (1998) benötigt er noch einen weiteren Kaltstart, um seine Ratskollegin (siehe oben) zu überholen.

Kaspar Villiger (FDP, LU) sass nur während der Legislatur 1984 bis 1987 im Nationalrat und schloss mit +8,2 Punkten, für einen Freisinnigen ein überdurchschnittliches Ergebnis.

Leser der NZZ erinnern sich an «Die konkreten Positionen von Parlamentariern in Zahlen» (B. Jeitziner und T. Hohl) für die Jahre 1996 bis 1998 (8. Oktober 1999, Nr. 234, S. 15). Wer aus den Benotungen der Parteiangehörigen den Durchschnitt berechnet, findet für die SVP +8,2, FDP +4,9, LPS +4,8, CVP -0,3, SPS -9,5.

Fazit: Der Linksdrall des Parlamentes ist unverkennbar. Es gibt Blindschleichen in nicht geringer Zahl, die sich den Wählern mit einer Gesinnung anpreisen, zu der sie in der Folge nicht mehr stehen mögen. Ihr unberechenbares Stimmverhalten macht sie für die Wäh-

lerschaft zu einem Unsicherheitsfaktor. Immerhin seien hier jene Parlamentarier erwähnt, die sich 1996 bis 1998 zwischen +9 und +10 positioniert haben: Baumann A., Blocher, Fehr H., Fischer Th., Frey W., Giezendanner, Gusset, Hasler, Maurer, Schlier, Speck, Vetterli.

Max Schio

Bestellungen an:

Dr. Bruno Jeitziner, Uni Fribourg, BQC 13, 1700 Fribourg (E-Mail: bruno.jeitziner@unifr.ch).

- 1 *Parlamentarierratings 1975–1995*. Tobias Hohl und Bruno Jeitziner, 1997, 116 Seiten, Fr. 20.–
- 2 *Parlamentarierratings 1996*. Bruno Jeitziner und Andreas Spieler, 1997, 35 Seiten, Fr. 20.–
- 3 *ParlaRating 1997–1998*. Tobias Hohl und Bruno Jeitziner, 1999, 37 Seiten, Fr. 20.–

Alle 3 Hefte zusammen Fr. 50.–

Nach der Herbstsession 2000 erscheint eine weitere Ausgabe mit den Ratings für das laufende Jahr.

Buchbesprechung

Dr. Sven Bradke: **Die Staatskasse als Beute**, ein Querschnitt durch die schweizerische Privilegienwirtschaft.

Bestellungen an: TB Verlag, Paradisstrasse 3, 9402 Mörschwil, Fax 071 826 29 74 (112 Seiten, Fr. 10.– + Versandkosten).

Kennen Sie die Kanäle, in denen unsere Steuergelder versickern? Wer profitiert vom Manna, das die Departemente unter dem Titel «Subventionen» verteilen? Wo liegen die Durchschnittslöhne, von der öffentlichen Verwaltung (6816.–, 100%) bis zum Gartenbau (3933.–, 58%)? Staunend vernimmt der Bürger, wie der Bund seine Millionen los wird und wer die «Staatknete» kassiert. Ein Nachschlagewerk, das nicht so schnell veraltet. Max Schio

Abstimmungsempfehlungen – Mini-Abstimmungsguide zu den Eidg. Abstimmungen vom 24. September 2000

3 Energievorlagen: 3mal NEIN!

Die Solarinitiative will über eine weitere Belastung der erneuerbaren Energie (von 0,5 Rp. pro kWh = 750 Mio. Fr. pro Jahr) eine grosse Summe zur Entwicklung von unrentabler Sonnenenergienutzung umverteilen.

Der Gegenvorschlag zur Energieinitiative, die Förderabgabe, will mit einer anderen Belastung der nicht erneuerbaren Energie (von 0,3 Rp. pro kWh = 450 Mio. Fr. pro Jahr) nicht nur die Förderung der Sonnenenergie, sondern auch die Erhaltung der heimischen Wasserkraftwerke unterstützen.

Beide Vorlagen sind reine Subventionsvorlagen, die gegen die Marktkräfte unrentable Energiesysteme fördern sollen. Zu ihrer Durchführung muss eine neue Verteilungsbürokratie errichtet werden. Für beide Vorlagen gibt es aus grundsätzlicher, staatsbürgerlicher Sicht keine Argumente für ein Ja, deshalb

Solarinitiative = Nein

Förderabgabe = Nein

Etwas anders liegen die Ziele bei der dritten Energievorlage der Grundnorm. Auch hier werden neue Steuern erhoben (2 Rp. pro kWh = 3 Mrd. Fr. pro Jahr) mit den zwei kaum vereinbarten Zielen

- 1 Als Lenkungsabgabe den Energieverbrauch zu senken
- 2 Durch Rückerstattung dieser Steuer die Lohnnebenkosten zu reduzieren und die Schaffung von Arbeitsplätzen anzuregen.

Diese Grundnorm erfüllt die vorgegebenen Ziele nicht, sie ist als Lenkungsabgabe unwirksam (weil zu schwach), sie hat keine ökologische Komponente zur Reduzierung der Schadstoffe, sie schafft durch die Herabsetzung der Lohnnebenkosten kaum neue Arbeitsplätze. Sie ist unsozial, weil die nicht erwerbstätige Bevölkerung an der Rückzahlung nicht beteiligt ist. So werden insbesondere die Pensionierten, 20% der Bevölkerung, voll zur Kasse gebeten, ohne dass sie eine Entlastung erhalten. Das entspricht einer unsozialen und unlogischen Umverteilung von den nicht Erwerbstätigen an die aktive Be-

völkerung. Deshalb sagen wir NEIN zu dieser Grundnorm und geben damit dem Parlament die Chance, eine bessere Vorlage auszuarbeiten.

Grundnorm = Nein

Walter Rytz

Konstruktives Referendum: NEIN!

Volksinitiative «Konstruktives Referendum» (mehr Rechte für das Volk durch das Referendum mit Gegenvorschlag). PRO LIBERTATE setzt sich ein für die Erhaltung unserer Volksrechte. Deshalb haben wir uns mit dieser Initiative eingehend auseinandergesetzt. Folgende Argumente sprechen gegen diese Initiative:

- Sie hebt das Parlament in seiner eigentlichen Funktion als Gesetzgeber aus.
- Ein punktuell eingreifendes Gesetz kann das Ganze in Schiefelage bringen.
- Die Gültigkeitsprüfung wird erschwert, der Referendumstext ist sakrosankt, auch wenn er widersprüchlich abgefasst ist.
- Abstimmungen über Gesetzesvorlagen mit mehreren Korrekturen als Gegenvorschläge werden für den Stimmbürger unübersichtlich.

Zusammenfassend können wir mit der NZZ festhalten, durch diese Initiative wird «die direkte Demokratie zu Tode geliebt». Deshalb stimmen wir NEIN zum «Konstruktiven Referendum».

Walter Rytz

«Für eine Regelung der Zuwanderung»

Die Gegner der Initiative fechten mit den unterschiedlichsten Argumenten, wie in ihren Inseraten nachzulesen ist. Anscheinend möchten sie der Einwanderung freien Lauf lassen. Wo allenfalls die Schmerzgrenze liegt, verraten sie

nicht. Nach Rezepten für eine Beschränkung sucht man vergeblich, es sei denn, man wollte mit einem Einbürgerungsschub den Anteil der Ausländer an der Bevölkerung vermindern. Eine Integration, die diesen Namen verdient, ist damit nicht zu erreichen, im Gegenteil. Die kulturelle Selbstvergessenheit der Schweizer wird gefördert. Es genügt, dass Magistraten sie im In- und Ausland zelebrieren.

Abstimmungen dieser Art wurden in den letzten Jahrzehnten schon mehrmals abgehalten. Stets liessen Bundesrat und Parlament verlauten, sie hätten das Problem bereits im Griff. Alles leere Versprechungen. Wie anders ist es zu erklären, dass die Schweiz heute über 19% Ausländer (ohne Asylbewerber, vorläufig Aufgenommene u. a. m.!) beherbergt? In unseren Nachbarländern liegt dieser Anteil ganz wesentlich tiefer: Österreich 9,2%, Deutschland 9,1%, Frankreich 8,1%, Italien 2,2%. Dennoch tut sich namentlich Deutschland schwer, mit dem Problem fertigzuwerden.

Wenn nun SPS, Grüne, Gewerkschaften, «Frauen für den Frieden» und GSoA das gegnerische Komitee bevölkern, die Bundesräte Leuenberger, Couchepin, Metzler ins gleiche Horn stossen und, unter anderen, Pipilotti Rist, Versagerin und Profiteurin vom Dienst, sich zu den Gegnern gesellen: Da müssen sich die Stimmbürger gut überlegen, wo sie sich einordnen wollen.

Max Schio

Die Spalte des Präsidenten

Wir sind bereit

Einleitung

Der Juli-Ausgabe der PRO-LIBERTATE-Mitteilungen haben wir den Faltprospekt «Kennzahlen 2000» beigelegt. Dieser legt dar, dass die Armee in den letzten Jahren massiv sparen musste. Unsere Absicht ist das Offenlegen der Fakten, damit die Umverteilungsinitiative (UMVI) der politischen Linken am 26. November 2000 klar abgelehnt wird.

Ein aktiv eingeteilter Offizier der Schweizer Armee eröffnete dem Eidgenössischen Verteidigungsdepartement (VBS) schriftlich seinen Unmut. Er verstehe nicht, warum das VBS der «rechtsbürgerlichen» Vereinigung PRO LIBERTATE die Vorlagen für jenen Faltprospekt zur Verfügung gestellt habe. Die Zusammenarbeit mit «PRO LIBERTATE» sei kontraproduktiv und schade dem Kampf gegen die Umverteilungsinitiative (UMVI). Denn die «rückwärtsgewandte» Vereinigung habe «einen marktschreierischen und gehässigen Stil».

Ich frage mich, wenn jener Kritiker uns aufgrund seiner Begriffswelt und seiner «korrekten politischen Sprache» als «rechtsbürgerlich» abqualifiziert, wo er sich selber positioniert. Etwa in der linksbürgerlichen Ecke? Oder noch schlimmer? Dann allerdings sei die Frage gestellt, welche Rolle er als Offizier zu spielen gedenkt. Dass unsere Vereinigung von Links angegriffen wird, ist – beinahe – Ehrensache. Aber Verunglimpfung aus Armeekreisen ist bedenklich. Welche Geisteshaltung wird da zu Tage gefördert?

Vor zwei Wochen veröffentlichte die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich und die Militärische Führungsschule der ETH Zürich die Studie «Sicherheit 2000». Sie untersucht die aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung. Das aktuelle Werk zeigt auf, dass offenbar die rechtsbürgerlichen Kräfte (die Studie spricht von Autonomisten und «weichen Öffnungswilligen») die linke Umverteilungsinitiative klar ablehnen, im Gegensatz zu «harten» Öffnungswilligen und Internationalisten. So wird sich «unser Offizier» damit abfinden müssen, dass «gehässige und marktschreierische» Bürgerinnen und Bürger sowie Offi-

ziere und Unteroffiziere dafür sorgen werden, dass unsere Armee nicht der Lächerlichkeit preisgegeben wird.

Wir nehmen das Heft in die Hand

Es gilt, die Gefahren und Absichten zu erkennen. Einigkeit ist zu demonstrieren. Auf Eitelkeit und Eigennutz muss verzichtet werden. Alle Armeeingehö- rigen haben die Vorbereitung gegen die UMVI gemeinsam an die Hand zu nehmen. Alle Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, für dieses Land Verantwortung und Sorge zu tragen, haben die gegnerischen Machenschaften zu entlarven. Die Vereinigung PRO LIBERTATE bietet dafür ihre Unterstützung an.

Sammelphase

Wir werden bis Mitte Oktober eine sogenannte Sammelphase durchführen. Es geht darum, den Landesverteidigungsfonds mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Für die Erreichung dieses Zieles werden wir mit Beilagen in Militärzeitschriften und mit Briefversand-Aktionen Spendenaufrufe lancieren. Unsere treuen Mitglieder, Gönner und Sympathisanten haben bereits begonnen, den Landesverteidigungsfonds zu äpfeln. Herzlichen Dank!

Kampfphase

Nach abgeschlossener Sammelphase steigen wir in die eigentliche Kampfphase ein. Als Hauptelement ist eine landesweite Plakataktion (Weltformat) geplant. Es wird uns ein grosses Anliegen sein, andere Organisationen und Vereine für diese Aktion gewinnen zu können. Das Plakat stellen wir zur Verfügung und eröffnen die Möglichkeit, die Namen der beteiligten Organisationen eindrucken zu lassen. Zusätzlich ist die Idee einer «Plakataktie» aufgetaucht, die es Einzelpersonen ermög-

lichen würde, eine bestimmte Anzahl Plakatierstandorte zu «kaufen». Die Gewinnausschüttung erfolgt in Form des Abstimmungserfolges! Sollten noch genügend Geldmittel vorhanden sein, kann zusätzlich eine Inseraten-Aktion ausgelöst werden.

Bereits vorbereitet sind Kleinplakate, welche wirkungsvoll als Flugblätter in den Einsatz gelangen können. Briefkleber und wetterfeste Kleber sind ab sofort kostenlos lieferbar. Beachten Sie den Bestell-Talon in der Beilage.

Sie sehen, wir haben ein klares Konzept. Wir wollen es ab sofort umsetzen. Wir wollen der Umverteilungsinitiative eine massive Abfuhr erteilen.

Ich danke allen unseren Mitgliedern und den unzähligen Spendern für ihre Unterstützung.

Werner Gartenmann



Impressum

Druck und Administration:
Schwarzenburger Druck+Verlag AG,
3150 Schwarzenburg
Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber
Adressänderungen: PRO LIBERTATE,
3000 Bern 11
Fax 031 332 57 13
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint viermal jährlich.
Lesezuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident)
3172 Niederwangen
Max Gerber (Vizepräsident)
3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier)
3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Protokoll)
3018 Bern-Bümpliz
Walter Rytz, 1133 Lussy-sur-Morges
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid
3283 Niederried bei Kallnach



General- Guisan-Zyklus Rückblick

Besuch bei der RS der Panzerjäger in Chamblon am 1. September 2000.

Über 60 Mitglieder der Vereinigung PRO LIBERTATE mit Freunden aus der Jungen SVP Bern, der Lions Club Bern und Umgebung und der Sekretärssektion Bern des Eidgenössischen Verbandes der Übermittlungstruppen (EVU) haben mit Interesse die moderne Panzerabwehrwaffe unserer Armee kennen gelernt. Das Fahrzeug des Panzerjägers, der Piranha 6x6, wurde in der Schweiz bei den Mowagwerken entwickelt und hergestellt. In einem um 360° drehbaren Turm sind 2 amerikanische Raketenwerfer Tow 2, Kaliber 149 mm, eingebaut. Die Panzerabwehraketen mit gelenkter Zielsuche können auf fahrende Ziele in Distanzen von 700 m bis 3700 m eingesetzt werden und durchschlagen alle heute angewendeten Panzerungen. Der Schulkommandant, Oberst i Gst Philippe Rebord, hat uns sehr freundschaftlich aufgenommen. Wir waren Gäste der Panzerjägerkp. Der Kp Kdt Oblt Steiner hat uns in die Ausbildung seiner Truppen integriert. Das Essen mit den Rekruten gab Gelegenheit zu einem regen Gedankenaustausch. Mit Begeisterung wurde die Geländefahrt erlebt und mit Interesse das Schiessen der Panzerjäger mit Simulationsgeräten auf fahrende Ziele

im Gelände geübt. Die Motivation und der Ausbildungsstand der Rekruten hat uns erneut bewiesen, dass die Milizarmee eine Zukunft hat.

Einen Gegensatz zu dieser modernen Waffe bildet die Festung «**Fort de Pré-Giroud**» in Vallorbe, die im 2. Weltkrieg ein wesentliches Element der Grenzbefestigung im Jura darstellte und damit den Selbstbehauptungswillen der

Schweiz symbolisiert. Die Festung ist mit 6 Kanonen (4 x 7,5 cm und 2 x 4,7 cm) und 4 Maschinengewehren wie zu ihrer aktiven Zeit bestückt. Das Begehen der Festung mit ihren Mannschafts- und Service-Räumen liess uns das harte und entbehrungsreiche Leben der Besatzung nachempfinden.

Walter Rytz



Ich/wir unterstütze(n) Sie

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– (Ehepaare Fr. 60.–)
- als Gönner, Jahresbeitrag mindestens Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

PL 4/00